

ahl!

Mitbürger

gere ich von

hle, Vor-
Serviertisch
Hauser.

se
me

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 57

Mittwoch, den 9. März 1932

Jahrgang 104

Zollfragen vor dem Reichskabinett

Die Einführung des Zoll-Obertarifs erfolgt — Weitere Garantiehilfe für Russenaufträge

U. Berlin, 9. März. Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag nachmittag mit der Frage des Zugabeverbots und des unfaulteren Wettbewerbs. Außerdem wurde die Erneuerung der Zollermächtigung erörtert. Die Beschlüsse hierüber dürften voraussichtlich am Mittwoch veröffentlicht werden.

Im Reichsgesetzblatt vom 7. März wird nunmehr die Verordnung über die Einführung eines Overtarifs veröffentlicht. Darin wird verordnet, daß für Waren, die aus Ländern stammen, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder die die deutschen Waren ungünstiger behandeln als die Waren eines dritten Landes, für eine große Anzahl Nummern des allgemeinen Zoltarifs an die Stelle der bisherigen Zoltätze und Zoltzuschläge erhöhte Zoltätze und Zoltzuschläge (Overtarifs) treten. Die Zumeisung der Waren zu den einzelnen Tarifnummern geschieht in der Weise, daß die Waren gemäß den Vorschriften des allgemeinen Zoltarifs in den allgemeinen Zoltarif eingereiht und bei der so gefundenen Tarifstelle die Zoltätze und Zoltzuschläge des Overtarifs angewendet werden. Die Länder, auf deren Boden- und Gewerbezweigen der Overtarif angewendet ist, werden durch besondere Verordnung bestimmt.

Die Russengeschäfte der deutschen Industrie.

Ueber die Russengeschäfte der deutschen Industrie sind in der Presse falsche Meldungen verbreitet worden. Wie amtgeteilt wird, ist es Tatsache, daß die deutsche Industrie von den Russen größere Aufträge erhalten hat. Die betreffenden Industriellen sind nun bei den Regierungsstellen vorstellig geworden, um zu erfahren, in welchem Umfang die Reichsregierung ihre Hilfe für diese Geschäfte zur Verfügung stellen will.

Es handelt sich bei diesen Geschäften L. um noch nicht völlig durchgeführte Aufträge aus dem Vorjahr, von denen die Firmen die von der Reichsregierung garantierten Wechsel bereits in der Tasche haben, die sie aber nicht realisieren konnten. Die Höhe dieser Wechsel beträgt etwa 120 Millionen Reichsmark. Die Reichsbank hat sich nun bereit erklärt, diesen Wechseln zur Verfügung zu stellen. Zweitens handelt es sich um neue Aufträge, für die die Reichsregierung aber keine neuen Mittel zur Verfügung stellen kann, da der Garantiefond nur eine Milliarde RM. beträgt. Die Reichsregierung ist dagegen damit einverstanden,

den, daß die Summe, die in diesem Jahre aus den Russengeschäften herein kommt (etwa 400 Mill. RM.) wieder in Form von Kreditkontokrediten zur Verfügung gestellt wird.

Polnische Zoltvorschlüge.

Wie von gut unterrichteter polnischer Seite verlautet, hat die polnische Regierung am Dienstag im Zusammenhang mit den Zoltverhandlungen, die am Montag in Warschau begonnen haben, der deutschen Seite bestimmte Zoltvorschlüge unterbreitet, in denen vor allen Dingen auf folgende drei polnischen Wünsche hingewiesen wird: Abschluß eines Zoltfriedens, Aufhebung der Kampfzölle und Einführung von autonomen Zoltätzen. Die näheren Einzelheiten sollen den mündlichen Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Die Weltwirtschaftskrise

21 Millionen Arbeitslose.

Genf, 9. März. Die Gesamt-Arbeitslosenziffer in den 22 Haupt-Industrielländern der Erde beträgt nach den jüngsten Erhebungen des internationalen Arbeitsamtes in Genf rund 21 Millionen. Wie das Arbeitsamt jedoch betont, hält sich diese Statistik noch weit unter der Wirklichkeit. Im allgemeinen ist gegenüber dem vergangenen Winter ein außerordentliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit festzustellen. In den Vereinigten Staaten betrug die Zahl der Arbeitslosen Anfang Februar 8,8 Millionen gegen 6,2 Millionen im Vorjahr; in Deutschland 2,8 gegen 2,6 Mill., in Italien 1,01 gegen 0,8 Mill., und in Frankreich 0,27 gegen 0,04 Millionen im Vorjahr.

Keine Erhöhung der Arbeitslosenzahl im Reich.

Die Aufwärtsbewegung der Arbeitslosenzahl in Deutschland ist in der zweiten Februarhälfte zum Stillstand gekommen. Ende Februar waren bei den Arbeitsämtern rund 6 128 000 Arbeitslose gemeldet, annähernd ebensoviel wie Mitte Februar. — In der Belastung der Arbeitslosenversicherung ist ein Rückgang um etwa 30 000, in der Krisenfürsorge eine Erhöhung um rund 31 000 Hauptunterstützungsempfänger eingetreten. In beiden Unterstützungsrichtungen zusammen wurden Ende Februar 8 526 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, wovon rund 1 852 000 auf die Arbeitslosenversicherung und rund 1 674 000 auf die Krisenfürsorge entfielen. Von den Arbeitsämtern wurden an Wohlfahrtsberwerbslosen rund 1 893 000 gezählt.

Die Abrüstungskonferenz gedenkt Briands

Zurückstellung der Abrüstungsberatungen bis zum Völkerbundsentscheid über den Fernostkonflikt

U. Genf, 8. März. Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz fand gestern vormittag anläßlich des Ablebens Briands eine kurze Trauerkundgebung statt. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hob den verständlichen Geist des französischen Staatsmannes, den leidenschaftlichen Willen zum Frieden hervor. Er betonte, daß Briand die Weltabrüstung für den Grundpfeiler eines wahren Friedens betrachtete und in dem Zusammentritt der internationalen Abrüstungskonferenz eines seiner höchsten Ziele erblickte. Dann gab Henderson zu verstehen, daß er selbst den Vorsitz auf dieser Konferenz nur deshalb übernommen habe, weil ihn Briand dazu nötigte. Der französische Hauptdelegierte Paul Boncour dankte, dann wurde die Sitzung für 10 Minuten aufgehoben.

Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz hat die vom Präsidium ausgearbeitete Tagesordnung angenommen, nach der der Grundsatz der allgemeinen Abrüstung entsprechend dem deutschen Antrag an erster Stelle zur Verhandlung kommen wird. Die Frage der Gleichberechtigung und die Abrüstung entsprechend der den besiegten Staaten in den Friedensverträgen auferlegten Methoden stehen als Punkt 5 auf der Tagesordnung. Der Auschuß beschloß ferner, daß alle grundsätzlichen Fragen des Abrüstungsproblems zunächst im Hauptauschuß durchberaten werden sollen. Die technischen Fragen dagegen sollen im allgemeinen unverzüglich ohne Aussprache im Hauptauschuß den vier technischen Ausschüssen überwiesen werden. Die Tagesordnung des politischen Ausschusses enthält keinerlei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, da die großen Fragen der Abrüstung im Hauptauschuß zur Verhandlung gelangen.

Auf Antrag des Präsidenten der Völkerbundsversammlung wurde beschlossen, daß zunächst die Arbeit der außerordentlichen Vollversammlung nach Möglichkeit abgeschlossen und die Arbeiten der Ausschüsse vorläufig etwas in den Hin-

tergrund treten sollen, da nach allgemeiner Auffassung die Regelung des japanisch-chinesischen Konflikts besonders dringend ist. Der Hauptgrund für die Verschiebung der sachlichen Arbeiten der Abrüstungskonferenz auf die nächste Woche dürfte jedoch darin liegen, daß der französische Ministerpräsident Tardieu wegen der Beiseitigung seiner Lehenszeiten für Briand erst anfangs nächster Woche wieder in Genf eintreffen wird.

Völkerbund und Fernostkonflikt

U. Genf, 9. März. In der allgemeinen Aussprache der Völkerbundsversammlung über den chinesisch-japanischen Streitfall kamen gestern die Vertreter von Ungarn, Südafrika, Kanada, Bulgarien, Südslawien, Salvador, Irland, Indien und Lettland zu Wort. Uebereinstimmend wurde Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Völkerbundsstatutes und Durchführung der sich an dem Völkerbundsstatut und den internationalen Verträgen ergebenden Verpflichtungen, ferner ein energisches Vorgehen des Völkerbundes gegen jeden angreifenden Staat gefordert. Der englische Außenminister Simon teilte mit, daß die vier an Schanghai hauptinteressierten Mächte England, Frankreich, Amerika und Italien von jetzt ab täglich der Völkerbundsversammlung einen Bericht über die Lage an der Schanghaier Front vorlegen werden.

Die allgemeine Aussprache über den japanisch-chinesischen Streitfall ist gestern abgeschlossen worden. Auf Antrag Benesch wurde ein Vorschlag angenommen, demzufolge das Präsidium der Vollversammlung nunmehr gemeinsam mit denjenigen Mächten die praktischen Vorschläge zur Regelung des Streitfalles einreichen, zusammentreten wird, um eine Entschlebung auszuarbeiten, in der die Grundlagen für die endgültige Stellungnahme des Völkerbundes zum japanisch-chinesischen Streitfall festzulegen werden.

Tages-Spiegel

Die Reichsregierung hat die Einführung des Zoll-Overtarifs angeordnet und sich bereit erklärt, der Industrie weitere Garantiehilfe für Russenaufträge zu gewähren.

Reichspräsident von Hindenburg wird am Donnerstag um 19.30 Uhr von seinem Arbeitszimmer aus eine etwa viertelstündige Kundfunkansprache halten, die auf alle deutschen Sender übertragen werden wird.

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 9. März den Diskontsatz von 7 auf 6 und den Lombardsatz von 8 auf 7 Prozent ermäßigt.

Die Abrüstungskonferenz hat beschlossen, den Völkerbundsverhandlungen über den Fernostkonflikt infolge ihrer Dringlichkeit den Vorrang zu lassen.

Italien hat in seiner Antwort auf den französischen Donaubundplan verlangt, daß neben den beteiligten Großmächten auch Deutschland zu den Verhandlungen zugezogen werden müsse.

Neues japanisches Ultimatum

U. London, 9. März. Der japanische Oberbefehlshaber hat die Absendung eines neuen Ultimatum an die chinesischen Behörden angeordnet, in dem die sofortige Zurückziehung der chinesischen Truppen um weitere 10 Kilometer, also auf eine Entfernung von insgesamt 45 Kilometer von Schanghai gefordert wird. Sollten die Chinesen diesem Verlangen nicht nachkommen, so würden die japanischen Truppen von neuem die Feindseligkeiten eröffnen. Wie verlautet, fürchten die Japaner, daß die neuen chinesischen Verstärkungen, die etwa 50 000 Mann betragen sollen, die 20-Kilometerzone durchbrechen könnten.

Die Chinesen haben die Eisenbahnlinie von Schanghai nach Hangschow aufgesperrt und das Eisenbahngelände geräumt. Schanghai ist jetzt im Norden wie im Süden von der Umwelt auf dem Landwege abgeschnitten.

Tschiangkaiſch Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet aus Schanghai, daß Marschall Tschiangkaiſch zum Vorsitzenden des Obersten Kriegs- und Verteidigungsrates und gleichzeitig zum Chef sämtlicher chinesischer Armeen, Marine- und Luftstreitkräfte ernannt worden ist. — Die chinesischen Behörden schätzen den Gesamtbestand, der bei den Kämpfen um Schanghai entstanden ist, auf annähernd 400 Millionen Reichsmark. 700 000 Einwohner seien z. B. aus dem Kampfgebiet geflohen und damit zur Aufgabe ihrer Wohnungen gezwungen worden.

Besorgnisse in Washington

In amtlichen Washingtoner Kreisen befürchtet man, daß Japan versuchen will, die Säuberungsaktion rund um Schanghai unbekümmert um die anderen Mächte und den Völkerbund durchzuführen. Man vermutet sogar, daß Japan durch die Verstärkung seiner Front einen neuen Vorstoß am Yangtse vorbereiten will, um möglicherweise weitere Pässe zu besetzen. Die Hoffnung auf eine wirksame und schnelle Entscheidung des Völkerbundes schwindet immer mehr.

Kurznachrichten aus aller Welt

Einbrecher haben aus dem Ethnographischen Institut der Universität Göttingen den Federmantel eines hawaiischen Königs sowie zwei Federhelme entwendet; die Stücke sind von unerforschlichem Wert. Im Verdacht der Täterschaft steht ein aus Württemberg stammender Student, der flüchtig ist. — In Halle haben Familienmitglieder gewaltsam eine 83-jährige Schwiegermutter entführt, weil sie in ihrem Testament einen Schwiegersohn bevorzugt hatte. — In Breslau mußten infolge einer Grippe-Epidemie 30 Schulen geschlossen werden. — Der Blexfreik in Hamburg ist mit sofortiger Wirkung abgebrochen worden. — Auf der Strecke Buzarec-Konstanz stehen zwei Petroleumzüge zusammen und gerieten in Brand. Drei Beamte fanden in den Flammen den Tod. — Der Mord an dem Syndikus des Stockholmer Arbeitgeberverbandes Sydow ist aufgeklärt worden. Der Täter ist der eigene Sohn, der nach der Bluttat seine Frau und sich selbst erschoss. Der Mörder war stark überschuldet, worin man die Ursache seiner Untat erblickt. — An der Rechtsfakultät der Pariser Sorbonne ist ein Studentenstreik ausgebrochen. — Auf einer Pariser Bahnradbahn stürzte ein Wagen ab. Drei Insassen wurden getötet, drei andere lebensgefährlich verletzt. — Schwere Stürme an der Atlantikküste forderten in den beiden letzten Tagen 88 Menschenleben und verursachten großen Sachschaden.

Der Konflikt zwischen Japan und China

Von Otto Seltsmann-Ulm.

Wenn in der deutschen Presse von links bis rechts zur Zeit von dem japanischen „Raubkrieg“ gegen China gesprochen wird, so zeugt das nicht von besonderer Kenntnis der Ursachen des japanisch-chinesischen Konfliktes, sondern von einer in erster Linie gefühlsmäßigen Betrachtungsweise, die zu unserem Schaden die öffentliche Meinung Deutschlands von jeher in außenpolitischen Dingen getätigt hat.

Japan kämpft bei diesen militärischen und politischen Auseinandersetzungen mit China nicht nur um sein Ansehen in Asien, sondern im wahren Sinne des Wortes um seine Existenzgrundlage. Diese Tatsache wird auch dem Laien erkennbar, wenn er die konkreten Absichten der beiden streitenden Parteien auf der Karte verfolgt.

Japans 60-Millionen-Bevölkerung (ohne Korea) ist auf eine kleine Inselgruppe angewiesen, die nicht zur Ausdehnung eines von natürlichem Wachstum getragenen Volkes ausreicht. Deshalb haben die Japaner Bedacht darauf nehmen müssen, von dem gegenüberliegenden Festlande sich einmal geeignetes Anbaugebiet zu sichern, zum anderen aber auch Gebiete, die dem rohstoffarmen Lande die Möglichkeit einer Versorgung mit den nötigsten Rohstoffen verschaffte. Und drittens trat dann noch der Sicherungsgedanke, nämlich der Gefahr der Abriegelung des Inselreichs durch eine starke feindliche Flotte entgegenzutreten, indem man die Eingänge zum japanischen Meer auf der Festlandsseite in die Hand zu bekommen trachtete.

Diese Pläne verwirklichte Japan durch eine ebenso aktive wie kluge Politik nach und nach, indem es 1895 das gegenüber liegende Korea durch einen Krieg mit China unter seine Oberhoheit brachte, und 1905 die Südmandschurei durch den russisch-japanischen Krieg als Aufschlußgebiet erwarb. In der Südmandschurei verfolgt Japan seit langem das Bestreben, die reichen Bodenschätze der Mandschurei und weiterhin der Mongolei auszubehnten und nach dem eigenen Lande zu leiten. Daher legt es natürlich den größten Wert auf die Sicherung der südmandschurischen Eisenbahn.

Nun ist allerdings zu beachten, daß die Mandschurei formalrechtlich zu China gehört, aber bekanntlich haben die Kasten und die Politik ehrgeiziger Generale China seit Jahrzehnten unfähig gemacht, sich gegen den Einfluß und das Eindringen fremder Mächte zu wehren, und so haben nicht nur die Japaner, sondern auch die Engländer, die Franzosen und zuletzt auch Deutschland chinesisches Gebiet gegen Ende des vorigen Jahrhunderts besetzt.

Die Wende der oben gekennzeichneten erfolgreichen Politik Japans trat mit dem Ende des Weltkriegs ein. Japan hatte sein Bündnis mit England im Jahre 1912 erneuert, und als man in Rußland — mit dem die Engländer doch zwecks Einkreisung Deutschlands in ein engeres Verhältnis getreten waren — dazu die Stirn runzelte, erklärte der englische Gesandte in Petersburg, das Bündnis könne ja auch gegen einen anderen Staat gerichtet sein. Gemeint war Deutschland. Und das haben wir ja dann auch bei Ausbruch des Krieges gemerkt, als die Japaner plötzlich erklärten, sie müßten die deutsche Kolonie Kiautschau

besetzen. Aber dieses Eingreifen an der Seite Englands ist den Japanern nicht gut bekommen. Zu spät merkten sie, daß England ein falsches Spiel trieb, und daß eine Ausschaltung Deutschlands aus der Weltmachtpolitik sie auf Gnade und Ungnade den angelsächsischen Staaten auslieferte. Es ist deshalb nicht unmöglich, wie es von amerikanischer Seite gemeldet wurde, daß Japan 1916 die russische Verhandlungsbereitschaft begünstigt hat, die leider durch zweifellos den Verhältnissen nicht Rechnung tragende Forderungen von Seiten der Zentralmächte und durch die Gegenwirkungen Englands verhindert worden ist.

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands deckten die angelsächsischen Staaten, namentlich Amerika, denn auch sogleich ihre Karten auf. Die Japaner zweifellos gemachten Verprechungen bezüglich der Mandschurei und der früheren deutschen Niederlassung wurden nicht gehalten, Japan mußte beide Gebiete räumen, und außerdem wurde es noch gezwungen, seine Flottenrüstungen in den beiden Washingtoner Konferenzen auf ein Niveau herabzudrücken, das eine glatte Unterlegenheit gegenüber England sowohl als auch Amerika bedeutete.

Dagegen haben die angelsächsischen Staaten die chinesische Nationalbewegung offensichtlich gestützt, und so war es möglich, daß Millionen von Chinesen aus dem Bürgerkriegschaos nach der Mandschurei auszuwandern konnten, wo sie bald das Übergewicht über die dortige Bevölkerung erhielten. Die Folge waren Reibereien, und Japan erblühte in diesem Drängen nach der Mandschurei eine Bedrohung nicht nur seiner vertraglichen Rechte bezüglich der südmandschurischen Bahn, sondern überhaupt seiner Existenzgrundlage in Ostasien. Daher sein Eingreifen in der Mandschurei, in Tsingtau (dem früheren Kiautschau) und in Schanghai. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Japan durch die Besetzung dieser Punkte in der Lage wäre, den gesamten ostasiatischen Ueberseeverkehr in seine Hand zu bringen bzw. den chinesischen Handel lahmzulegen, weil die Japaner auf diese Weise in der Lage wären, das Gelbe Meer abzuriegeln, genau so wie sie das Japanische Meer abzuschließen vermögen.

Hier sehen nun die Gegenaktionen in erster Linie der Amerikaner, aber auch Englands ein, die sich in ihrem ostasiatischen Handelsverkehr bedroht fühlen, und natürlich will sich, abgesehen von den politischen Plänen, auch Rußland nicht seinen Weg in Ostasien versperren lassen. Wir sehen hier also dieselben Konfliktsmöglichkeiten großen Stils vor uns, wie sie vor 18 Jahren die Welt bedrohten, und wieder sind es die angelsächsischen Staaten, die die Karten mischen, und auf deren Entscheidung Krieg oder Frieden gestellt sind. Japan spielt ein gewagtes Spiel, denn es kennt die Feindschaft Amerikas; aber andererseits hat es vielleicht vom Weltkrieg her soviel moralische Krämpfe, daß es wagen darf, mindestens in der Mandschurei seine Interessen zu wahren. Jedenfalls aber stehen heute noch alle Möglichkeiten offen.

Völkerbundsbericht aus Schanghai

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat ein Telegramm des vom Völkerbundsrat in Schanghai eingesetzten Konsularausschusses erhalten, in dem eingehend die militärischen Ereignisse seit dem 1. März geschildert werden. Der Bericht hebt hervor, daß die japanischen Truppen in den letzten Tagen neue weitere Gebiete besetzt hätten. Der Bericht stellt sodann amtlich fest, daß bisher alle Versuche, zu Verhandlungen über den Waffenstillstand zu gelangen, gescheitert seien. Gegenwärtig fänden nachts noch einzelne Gefechte statt.

Frankreichs Donauebundpläne

U. Genf, 8. März. Der französische Ministerpräsident Laval trifft am Dienstag vormittag in Genf ein und wird, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, eingehende Verhandlungen mit dem englischen Außenminister über den Vorschlag des Zusammenschlusses der Donaumächte führen, den die französische Regierung soeben in einer Denkschrift den europäischen Großmächten vorgelegt hat. Der französische Plan baut sich im wesentlichen auf folgenden vier Punkten auf:

1. Oesterreich, Ungarn und die Tschechoslowakei treten in enge wirtschaftliche Verbindung auf Grund von Abkommen, in denen die wirtschaftlichen Beziehungen dieser Staaten für die Zukunft neu geregelt werden.
2. Der Beitritt der übrigen Donaumächte, jedoch nicht Polen, zu dieser Staatengruppe ist zulässig, jedoch bilden die drei erstgenannten Staaten die Grundlage des angestrebten engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaumächte.
3. Die französische Regierung erklärt sich bereit, diesen Staaten im Falle der praktischen Durchführung des Planes finanzielle Hilfe zu gewährleisten.
4. England, Italien, Frankreich und Deutschland verpflichten sich gegenseitig, aus den wirtschaftlichen Vorteilen, die sie der neuen Gruppierung der Donaumächte auf völkertümlichem Gebiet sichern, für sich keinerlei Sondervorteile in Anspruch zu nehmen. Sollte eine dieser vier Mächte einem der Donaumächte auf völkertümlichem Gebiete besonderes Entgegenkommen zeigen, so dürfen hierdurch unter keinen Umständen Sondervorteile gezogen werden.

Wie weiter verlautet, vertritt die französische Denkschrift den Standpunkt, daß die Verhandlungen über den Zusammenschluß zwischen Frankreich, England, Italien und Deutschland zustande gekommen ist.

Die italienische Regierung hat das „Donau-Memorandum“ der französischen Regierung bereits beantwortet und gleichzeitig die Regierungen von Großbritannien und Deutschland über den in dieser Erwiderung eingenommenen Standpunkt in Kenntnis gesetzt. Italien stimmt den

französischen Donauebundplänen mit starkem Vorbehalt zu und verlangt sofortige Hilfe für Oesterreich und Ungarn.

Boischafter Nadolnys Berichterstattung in Berlin

— Berlin, 8. März. Der Führer der deutschen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz, Boischafter Nadolny, ist wieder nach Genf zurückgekehrt, nachdem er dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten über den Stand der Genfer Verhandlungen Vortrag gehalten hatte. Der Vortrag ist erfolgt, weil die Konferenz, nachdem sie bisher nur die programmatischen Reden der Hauptausprache und die Aufstellung des Arbeitsprogramms zum Gegenstand hatte, nunmehr in die eigentlichen sachlichen Verhandlungen eintritt. Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist die von der Abordnung schon bisher eingehaltene und auch weiter eingehaltene Linie, unter unbedingtem Festhalten an der deutschen Grundeinstellung, möglichst den guten Willen Deutschlands zur Mitarbeit an einer positiven Lösung zu zeigen, vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung gebilligt worden. Formale Fragen sind nicht als ausschlaggebend zu behandeln. Es kommt darauf an, daß tatsächlich abgerückt wird und daß für Deutschland ebenso wie für alle anderen Staaten nur noch die abzuschließende Konvention maßgebend ist. Eine andere Lösung wäre in Deutschland unannehmbar. Diese Auffassung hat auch offenbar in Genf sehr an Boden gewonnen.

Der Präsidentschaftswahlkampf

Minister Stegerwald spricht in Stuttgart.

In der Stuttgarter Stadthalle sprach aus einer Massenversammlung des Hindenburg-Ausschusses Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Er führte u. a. aus, daß seit der Staatsumwälzung nur eine Wahl stattgefunden habe, die an Bedeutung mit der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl verglichen werden könne, die Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919. Heute ginge es wie damals um die künftigen Grundlagen von Staat und Volk. Der Reichskanzler habe dreierlei getan, um eine klare und einheitliche Front nach außen zu schaffen. Er wolle dem deutschen Volk den Kampf um die Reichspräsidentenwahl erspart wissen. Er habe in Genf auf der Völkerbundtribüne ausgesprochen, daß der gegenwärtige Zustand in der Rüstungs- und Wehrhoheitsfrage von Deutschland nicht mehr länger ertragen werden könne und er habe weiterhin der gesamten Weltöffentlichkeit erklärt, daß Deutschland keine Reparationen mehr bezahlen könne. Ist das nicht etwa ein nationales Programm? Aber diejenigen, die den Kampf um die Reichspräsidentenwahl zur unredlichen Zeit erzwungen haben, nennen sich nationale Front. Die Nationalsozialisten hätten

ten bei der letzten Reichstagswahl etwa 10 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten, während die Sozialdemokratie bei der Wahl zur Nationalversammlung an 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hätte. Wenn die Sozialdemokraten sich 1919 ähnlich gebärdet hätten wie heute die Nationalsozialisten, wären wir nicht um den Bürgerkrieg herumgekommen, weil sich die übrigen Volksgruppen ein solches Verhalten nicht hätten gefallen lassen. Die Nationalsozialisten müssen am nächsten Sonntag geschlagen werden. Dann müsse mit den Sturmabteilungen aller Art ausgeräumt werden. Der Kampf um die nationale Würde und Ehre müsse mit Geist und ohne mit Terror geführt werden. Mit einer nationalsozialistischen Bewegung, die in jahrelangem geistigem Kampf mittrug an der bestmöglichen politischen Gestaltung Deutschlands könne man diskutieren, nicht aber mit einer Bewegung, die in den entscheidenden Fragen selbst nicht wisse, was sie wolle und deren Charakteristikum politische Unerzogenheit und Diktatur sei.

Adolf Hitler in Stuttgart.

In Stuttgart sprach gestern Abend Adolf Hitler in der überfüllten Stadthalle. Vor 13 Jahren, so führte Hitler u. a. aus, habe das jetzige System das alte Reich zerstört und die Macht an sich gerissen. Das alte Reich war geachtet, vielleicht gefürchtet, aber es besaß eine relative Größe und eine relative Macht. 13 Jahre seien eine lange Zeit für die Bewährungsfrist eines Systems. Es habe sich nicht bewährt. Sollen wir noch hundert Jahre warten, damit wir seine Bewährung erkennen? Indem der Redner auf den Brief des Reichsinnenministers zu sprechen kam, in welchem dieser eine Klarlegung des nationalsozialistischen Programms verlangte, rief Hitler aus: Wo waren Sie denn in den 13 Jahren Herr Minister? Na, dem Millionen dieses Programm erkannt haben, sollte es Ihnen allein verschlossen geblieben sein? Nun, es ist auch nicht mehr notwendig, denn am 13. März wird über Ihr Programm, Herr Minister Gröner, zu Gericht geleset. Das deutsche Volk hat 13 Jahre lang verglichen und geprüft und nun zieht es die Konsequenzen. Es könne auch keine gesunde Wirtschaft geben, wenn ein Volk keine Nation mehr sein wolle. Unser positives Programm ist in unserer positiven Bewegung zu erkennen. Heute sind wir die öffentlichen Ankläger geworden und fordern am 13. März dieses System vor die Schranken des Gerichts. Ich habe, so sagte Hitler, nach 13jährigem Schaffen die internationale Sozialdemokratie zu den Füßen des Generalfeldmarschalls niedergeworfen. Als Deutschland gerettet werden sollte, haben jene Revolution gemacht. Heute, da sie selbst gerettet sein wollen, legen sie sich dem Generalfeldmarschall zu Füßen. Darum sei er aus freiem Entschluß der Führer der Gegenpartei geworden. Wir Nationalsozialisten sind entschlossen, Deutschland von dem Parteiverbrechen frei zu machen. Am 13. März möge jeder nach seinem Gewissen handeln. Er, Adolf Hitler, bette nicht um die Stimmen der Wähler. Uebrigens sei diese Wahl nur ein Mittel zum Zweck, denn aus den Reihen der Parteien soll sich das deutsche Volk erheben.

Ein Stahlhelmführer gegen den Nationalsozialismus.

Bei einer Wahlkundgebung in Magdeburg äußerte der Berliner Stahlhelmführer Major v. Stephant, man müsse sich wundern, daß in einer „Arbeiterpartei“ Exzellenzen und der alte Adel sich befinden, die hoffen, wieder eine Führerschaft zu erringen. Letzten Endes werde wieder alles auf den Schultern der Arbeiter ausgetragen werden. Es entspreche nicht unserem nordisch-preussischen Wesen, Menschen zu Göttern zu machen, wenn sie noch lebten. Diese Staatsidee des Zentralismus sei nicht nordisch. Wir brauchen keine Anleihen im Auslande aufzunehmen, auch nicht in Rom.

Verbot des Branntweinausverkaufs am Wahltag. Der Reichsminister des Innern hat im Anschluß an eine entsprechende Anregung bei der Reichstagswahl 1930 den Landesregierungen zur Erziehung angeheimgestellt, aus Anlaß der Reichspräsidentenwahl den Ausschank von Branntwein und den Kleinhandel mit Trinkbrautwein für Samstag, den 12., und Sonntag, den 13. März 1932 bis zur Polizeistunde zu verbieten.

Falschmeldung über Hindenburg

Hindenburg stellt sich auch für einen zweiten Wahlgang. Der Berliner Korrespondent des „Daily Express“ behauptet, Reichspräsident von Hindenburg habe in einem Brief an einen deutschnationalen Kriegskameraden erklärt, wenn er im ersten Wahlgang nicht gewählt werden würde, würde er auf die Aufstellung im zweiten Wahlgang verzichten. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entspricht diese Meldung des „Daily Express“ in keiner Weise den Tatsachen. Es könne gar kein Zweifel darüber bestehen, daß Reichspräsident von Hindenburg für den Fall, daß er im ersten Wahlgang nicht gewählt werden würde, sich auch für den zweiten Wahlgang zur Verfügung stellen wird.

Politischer Zusammenstoß in Düsseldorf

— Düsseldorf, 8. März. In dem Arbeiterviertel Düsseldorf Wilk kam es zwischen 50 nationalsozialistischen Flugblattverteilern und Kommunisten zu einer blutigen Schlägerei. Ein Trupp von 200 Kommunisten stieß mit den Nationalsozialisten zusammen. Im Verlauf des sich entwickelnden Kampfes wurden 30-40 Schüsse abgegeben. Ein kommunistischer Arbeiter wurde durch Brustschuß auf der Stelle getötet, während ein Nationalsozialist schwer verletzt wurde.

Der Moskauer Mordanschlag

Zeitgeständnis des Täters

U. Moskau (über Kowno), 8. März. Die GPU teilt mit: „Der Attentäter Stern, der, wie bekannt, auf Vorkriegszeit v. Twardowski ein Attentat begangen hat, hat ein Zeitgeständnis abgelegt. Er erklärte, er gehöre einer terroristischen Gruppe an, die im Auftrage des Auslandes sich zur Aufgabe gemacht hat, die internationale politische Lage der Sowjetunion zu verschlechtern und eine Trübung in den Beziehungen des Deutschen Reiches und der Sowjetunion durch ein Attentat hervorzurufen.“

Politische Kurzmeldungen

Die Berliner Steuerbehörde hat auf fünf Personen Steckbriefe erlassen, die insgesamt 8 Millionen ins Ausland verschoben haben. — Der badische Kultusminister hat eine Verordnung erlassen, die allen wahlunmündigen Schülern jede parteipolitische Betätigung aufs strengste verbietet. — Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet, haben die Nationalsozialisten bei den in der mecklenburgischen Stadt Erxleben stattgefundenen Kommunalwahlen eine Niederlage erlitten. Verglichen mit dem Ergebnis der Kreiswahlwahlen vom November v. J., büßten sie 16 Prozent ihrer Stimmen ein. — Als neueste Wahlzüge kündigt gegenwärtig in Westdeutschland das Gerücht, die Reichsregierung plane, unmittelbar nach der Wahl eine neue Notverordnung zu erlassen des Inhaltes, daß der ländliche Grundbesitz mit einer Zwangshypothek von 5 Prozent belastet werden soll. — In Genf laufen hinter den Kulissen Verhandlungen über eine französisch-italienische Annäherung in der Flottenfrage. Rußland verhandelt mit Rumänien und Finnland über einen Nichtangriffspakt. — Zwischen Rom und Budapest ist ein Abkommen zur Förderung des Warenverkehrs zwischen Ungarn und Italien abgeschlossen worden. — Die englische Regierung hat den Drei-Männer-Zollauschuß ernannt, der nahezu diktatorische Vollmachten für die „wissenschaftliche“ Ausgestaltung des neuen englischen Zollsystems erhält. Man hat, wie angekündigt, unpolitische Fachmänner gewählt. —

Der Zoepflich-Prozess

ist in die 7. Verhandlungswoche getreten, die den Schluß der Beweisaufnahme bringen wird. Mit dem Urteil wird kurz vor Ostern zu rechnen sein. Ehe zum letzten Abschnitt der Anklage des fortgesetzten Vergehens der Untreue übergegangen werden konnte, erfolgte noch die Vernehmung verschiedener Zeugen zur Betrugsangelegenheit. Kaufmann Dr. J. Zoepflich wurde zu der Frage vernommen, wann und in welchem Umfang Dr. Zoepflich die umstrittenen Krügeraktien erworben hat. Nach den Aussagen des Zeugen steht fest, daß der Angeklagte nur einen Teil der Aktien von insgesamt 412 000 Mark nominell, und zwar nur nominell 52 000 Mark erhalten hat. Der Rest der Aktien wurde an den Hauptaktionär von dem Zeugen wieder zurückgegeben. Der Angeklagte war also nicht, wie er bisher stets behauptet hat, Besitzer des Aktienpakets.

Bei dem dritten und letzten Punkt der Anklage gegen Dr. Zoepflich handelt es sich um ein fortgesetztes Vergehen der Untreue, von der in erster Linie die Basler Handelsbank betroffen wurde. Der Angeklagte hatte der Basler Handelsbank durch eine Abtretungserklärung Forderungen aus Warenlieferung an verschiedene Firmen im Gesamtbetrag von 605 591 Mark abgetreten, den Bestand der abgetretenen Forderungen jedoch zum Nachteil der Basler Handelsbank verändert. Als der Angeklagte Dr. Zoepflich Gelegenheit bekam, sich zu der ihm zur Last gelegten fortgesetzten Untreue zu äußern, stellte sich der Angeklagte auf den Standpunkt, den mit der Basler Handelsbank eingegangenen Abtretungsvertrag auf seinen Inhalt nicht durchgesehen (!) zu haben.

Aus Württemberg

Vom Württ. Städtetags

Der Vorstand des Württ. Städtetags nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu der Absicht des Reichsfinanzministeriums, für die Reichssteuerüberweisungen den bisherigen Verteilungsschlüssel beizubehalten, wodurch das Land und die Gemeinden Württembergs erheblich benachteiligt würden. Er beschließt, das Vorgehen der Landesregierung, die sich bereits im Reichsrat für die Milderung des Verteilungsschlüssels eingesetzt hat, nachdrücklich zu unterstützen. Zur Verminderung des Arbeitslosenaufwands wird beim Wirtschaftsministerium beantragt, die Amtskörperschaften zu ermächtigen, einen Teil (bis zu 30 Prozent) des von den Amtskörperschaften zu tragenden Gemeindefunktions in der Krisenfürsorge auf die Gemeinden abzuwälzen. An das Staatsministerium wird das Erluchen gestellt, die Polizeikosten der Städte entsprechend der allgemein durchgeführten Gehaltskürzungen zu senken, wobei die den Polizeibeamten im staatspolitischen Interesse zugestandenen Sondergehaltszulagen für die Städte außer Berechnung bleiben müßten. Weiter wird die Herabsetzung der Gemeindefunktionen zu den Schulartz- und Impfkosten und die Ermäßigung der Beförderungsgelder für die waldbesitzenden Städte und Gemeinden beantragt. Dem Bestreben, eine Ausdehnung der reichsgesetzlich vorgeschriebenen überörtlichen Revisionen auf die gesamte Hofhaltsverwaltung zu erreichen, wird nachdrücklich entgegengetreten. Sodann wurde beschlossen, dafür einzutreten, daß die reichsgesetzliche Unfallversicherung für sämtliche Betriebe der Gemeinden mit der vor 2 Jahren ins Leben gerufenen Eigenunfallversicherung der Gemeinden vereinigt wird.

Ein Putzsch im Handwerkerlager?

Am Samstagabend wurde von den Gründern des neuen „Berufsständischen Nationalbunds“ den Vertretern der Presse in einer Konferenz mitgeteilt, daß in der vorausgegangenen Gründungsversammlung im Hindenburgbau von 180 Anwesenden sich 162 für und 18 gegen die Gründung ausgesprochen hätten. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ jedoch mitzuteilen weiß, entspricht diese Mitteilung nicht den Tatsachen. Eine erste Abstimmung sei vielmehr mit Erfolg angefochten worden, weil verschiedene Vertreter als „Ja“-Stimmen gezählt wurden, die sich jedoch der Stimme enthalten haben. Der Vorsitzende habe dann die erste Abstimmung für ungültig erklärt und eine 2. Abstimmung angeordnet. Diese 2. Abstimmung habe aber in dem entstandenen Tumult und wegen des allgemeinen Widerspruchs gar nicht mehr stattfinden können, so daß die Mehrzahl der Teilnehmer den Saal verließ. Die Süddeutsche Zeitung stellt auf Grund dieser Vorgänge fest, daß die Führer der neuen Partei durch die falsche Unterrichtung der Vertreter der Stuttgarter Presse die Öffentlichkeit getäuscht haben. Das Ganze sei daher nur als ein Putzsch im Handwerkerlager anzusehen.

Noch eine neue Partei

Man schreibt uns: Das Heer der politisch Unzufriedenen ist bekanntlich die stärkste Partei in Deutschland. Immer wieder hört man den Ruf: Wir brauchen eine überparteiliche Partei der wahrhaft Sozial- und Gerechtigkeitsliebenden! Frauen und Männer, die sich von der heutigen Heh- und Zwitterpolitik abgestoßen fühlen, haben diese Partei der Ueberparteilichen gegründet. Sie nennt sich „JBD-Gerechtigkeitsbewegung“ und hat ihre Zentrale in Stuttgart, Rosenstraße, aufgeschlagen. Den JBD-Kandidaten ist jede unsoziale Vereinerung untersagt, sie sollen der gerechten Sache, aber nicht des Geldes wegen kämpfen, wie die meisten Futterkrüppelpolitiker von heute. Die JBD-Wahlparole lautet: Wir brauchen keine verlogenen Parteipolitiker, sondern ehrliche Gerechtigkeitspolitiker. Mit Vorträgen und einem Buch, betitelt: „Der Volksbeirrat der Parteipolitik“ wird die JBD-Gerechtigkeitsbewegung demnächst an die breite Öffentlichkeit treten.

Aus Stadt und Land

Kirchenkonzert in Bad Liebenzell

Mitten in der aufregenden und zerplitternden Wahlzeit ist am Sonntag der Gemeinde eine selten schöne, beruhigende und innerlich einladende Freude geschenkt worden, eine köstliche Osterfreude. Der Dirigent des Kirchengesangsvereins, Hauptlehrer Lautenschlager, hatte sich die hohe Aufgabe gestellt, ein stilles Programm einer Ostermusik aus dem Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts zur Aufführung zu bringen, Toccata von Pachelbel für Orgel, Sonaten von Corelli für Streichmusik, Kantaten von Buxtehude und von Weiland für Chor, Soli, Orgel und Streichmusik, dazu noch eine Kantate von dem ehrwürdigen Altmeister evangelischer Kirchenmusik unserer Zeit, dem in Darmstadt noch in jugendlicher Begeisterung schaffenden griechen Professor D. Arnold v. Mendelssohn, der aber ganz auf dieser alten Musik aufbaut und eben jetzt wieder dem Gustav-Adolf-Verein zu seiner Jahrhundertfeier die künstlerisch wertvolle Choralkantate über Gustav Adolfs Feldzug: „Verzage nicht, o Häuflein klein“ geschenkt hat. Diese Musik hat aber, so schön und schlicht sie ist, auch ihre großen Schwierigkeiten, zumal für unser heutiges musikalisches Empfinden, und stellt teilweise sehr hohe Anforderungen nicht bloß an die Solisten, den Chor, das Orchester und die Orgelbegleitung, besonders was die Treffsicherheit, die Taktfestigkeit und die Ausdrucksfähigkeit betrifft, sondern allermeist auch an den Dirigenten selbst und sein Können und Wissen. Nie hätte dieser die Aufgabe befriedigend lösen können trotz der unermüdetlich sorgfältigen und geschickten Vorbereitung, wenn es ihm nicht gelungen wäre, hervorragende Berufskünstler zur Mitwirkung zu gewinnen. Frau G. Eversbusch-Schönberg hatte in dankenswerter Weise die Solopartien für Sopran übernommen. Ihre klare, weiche und doch kräftige Stimme, die eine vorzügliche Schulung verriet, überwand spielend alle technischen Schwierigkeiten, etwa bei der Kantate: „Singet dem Herrn ein neues Lied“ in edlem Bass mit der Violine und Orgel oder in dem: „Jauchzet, alle Lande“ in dem feinen Bespielgesang mit dem herben Kinderchor. Aber fast noch wertvoller war das seine Einfühlungsvermögen der Sängerin, daß man jedem Wort und jedem Ton es anspürte, wie sie aus einem Herzen voll eigener Osterfreude herausquollen und mit Lust und Liebe davon Zeugnis geben wollten. Ihr zur Seite stand ebenfalls der bekannte Bassist D. Haug-Grünmühl, der mit der tiefen Kraft seiner Stimme alle Zweifel an Aufrichtigkeit sicher beseitigte. Auch das Violinsolo, das nur ein Berufskünstler übernehmen konnte, lag in den guten Händen von Konzertmeister W. Wohlgenuth, der sich dabei wieder einmal als ein wirklicher Künstler des Geigenspiels zeigte. Schau, ein Mitglied unserer Kapelle, war wohl auch das freiwillige Orchester, das teilweise aus recht jugendlichen Spielern zusammengestellt und rasch zusammengesucht war, kaum seiner Aufgabe gewachsen gewesen, wenn nicht der eine die ersten und der andere die zweiten Geigenstimmen sicher geführt hätte. Die Orgel aber, von deren Begleitung und Führung erst recht neben dem Dirigentenstab das Gelingen des ganzen Werkes abhing, meisterte in gewohnter Feinheit Musiklehrer Haich von hier, z. B. in Ragold. Was er selbst kann und was diese alte Musik bedeutet, das zeigte er auch auf unserer technisch unvollkommenen und etwas altersschwachen Orgel mit staunenswerter Kunst nicht bloß in der Begleitung, sondern auch in der Einzelarbeit der beiden Toccata in C-Dur und C-Moll von Pachelbel. Aber auch unser Kirchenchor stand mit seinen Leistungen auf voller Höhe in Tongebung, Aussprache und Ausdruck. Wundervoll gestaltete sich durchweg der immer wiederkehrende Bespielgesang von Chor und Soli, menschlichen und instrumentalen Stimmen, diese Steigerung des Osterjubels aus zarter, inniger Freude zum mächtigen Geborgensein in dem lebendigen Herrn, zum trotzigem Kampf gegen alle Anfechtungen, zur entschlossenen Abwehr von allen weltlichen Stützen bis zur siegesfrohen Gewißheit in der Kantate „Jesus, meine Freude“ oder ebenso in der Schlusskantate „Du meine Seele singe“, wo schließlich noch der einfällende Kinderchor den Jubel verstärken mußte, der die österliche Seele erfüllte! Ueberhaupt der Kinderchor, der da in einem Kirchenkonzert so sicher und andächtig freudig mitsang, als ob das ganz selbstverständlich wäre und es für ihn gar keine Schwierigkeiten gäbe, wenn sein Lehrer drückerle! Das ist eine ganz besondere Gabe dieses Dirigenten, seine Schulkinder in der Kirche mitsingen, ja man darf wohl sagen mitbeten oder gar mitpredigen zu lassen. Eben erst erklang das Sopranosolo so inbrünstig und bittend: „Singet dem Herrn, rühmet, lobet und jauchzet!“ wie ein lodendes Verben, da stimmt auch schon der Kinderchor voll und herzlich ein: „Jauchzet, alle Lande!“ und will fast nimmer enden mit seinem jubelnden Halleluja! Wahrlich eine mitreißende Osterpredigt in Worten und Tönen, eine köstliche Osterfreude bis zum letzten Vers, ja zum letzten Orgelton, lauter vorzügliche Einzelleistungen und doch keine sich Hervordrängend, sondern alle zusammen dem einen gro-

ßen Gedanken dienend, Osterfreude in den Herzen der andächtigen Gemeinde zu wecken und zu stärken. Allen Mitwirkenden und besonders dem Dirigenten, der diese mühevollen Arbeit auf sich genommen und so sicher durchgeführt hat, gebührt herzlichster Dank.

Hauptversammlung des Schwarzwaldbereichs Bad Teinach.

Die Ortsgruppe Bad Teinach des Württ. Schwarzwaldbereichs hielt am Sonntag ihre Hauptversammlung im Hotel Hirsch ab. Die Sängerecke des Vereins, die fast vollständig erschienen war, eröffnete und amrahmte die Verhandlungen mit trefflichen Gesängen. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Oberlehrer Rehm, sei folgendes erwähnt: Der Verein zählt zurzeit 114 Mitglieder gegen 119 im Vorjahr. Die meisten Mitglieder haben also trotz der Not der Zeit dem Verein und damit unserem schönen Wald die Treue bewahrt. Drei Mitglieder, die Herren Fleck, Koller und Pfeiffer, schieden durch Tod aus. Das goldene Vereinsabzeichen samt einer Ehrenurkunde erhielten für 25-jährige treue Mitgliedschaft die Herren Michael Wohlschläger aus Bad Teinach, Ulrich Hanselmann aus Liebsberg, Michael Adrion von der Glasmühle und Hermann Schmid aus Stuttgart. Neben der Betreuung des ausgedehnten Bezugsgebietes ließ der Verein im letzten Jahre 6 neue Bänke und einen Schutzhalm in der Wolfschlucht erstellen. Eine stattliche Anzahl Mitglieder beteiligte sich an der vorjährigen Hauptversammlung des Hauptvereins in Bad Liebenzell. Auch die Wanderungen nach Würzbach-Nötenbach und nach Agenbach-Nehmühle-Neuweiler fanden sehr starken Zuspruch. Die Sängerecke bildet offenbar ein gutes Bindeglied und einen geschätzten Unterhaltungsfaktor in den Reihen des Vereins. Die Jugend der Schneefußabteilung wurde durch Zuwendung eines kleineren Betrages von der Einrichtung eines Ortszweiges verbunden und hoffentlich dadurch auch für den gebenden Verein und seine Arbeit härter interessiert. Die schöne Weihnachtsfeier, die heute noch bei den Mitgliedern nachklingt, ergab einen Ueberschuß von 60 Mark, der der Gemeinde für wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt wurde. Den Schriftführer- und Kassenericht erstattete Postmeister Stockburger. Der Stand der Kasse ist trotz der großen Aufwendungen ein befriedigender. Vorstandschaft und Ausschuß wurden durch Zuzug einstimmig wiedergewählt. Als neues Ausschußmitglied wurde Herr Otto Walster, Verwalter des Badhotels, berufen. Am Himmelfahrtsfest soll eine Frühwanderung nach Hof Dide und Büttlingen und im Herbst eine Tageswanderung über Schömberg oder Beinberg nach Bad Liebenzell gemacht werden. Die Erneuerung der baufälligen Hütte auf der Schöfelfhöhe wurde für die nächste Zeit vorgesehen. Zum Schluß regte Mitglied Ulrich Hanselmann aus Liebsberg noch an, der Verein möge doch an kahlen Stellen und Böschungen perennierende Lupinen ausgiebig anpflanzen. Der Aufwand hierfür sei sehr gering. Mit einem kräftigen Baldbheil schloß der Vorsitzende die einmütig verlaufene Versammlung.

Altenfeier in Oßelsheim.

Im Schullokal fand am letzten Sonntag eine von Herrn und Frau Pfarrer Hebl in g veranstaltete Altenfeier statt. Diezu waren alle, die 70 Jahre und älter sind, eingeladen. Der älteste Oßelsheimer Bürger zählt 88 Jahre. Gegenwärtig befinden sich in der Gemeinde 88 Personen, und zwar 19 Männer und 19 Frauen, darunter noch zwei Altveteranen aus dem Feldzug 1870-71, in dieser Altersstufe. Erschienen waren 30, darunter vier Ehepaare. Die Nichterschiene waren durch Unwohlsein verhindert, am Festtag der Alten teilzunehmen. Pfarrer Hebling eröffnete die Feier mit herzlichen Begrüßungsworten und gab seiner Freude Ausdruck, auch einmal im Kreise der Dorfsältesten einige frohe Stunden zu verbringen. Ein weiteres Begrüßungswort namens der Gemeinde sprach Bürgermeister Pape an die Erschieneenen, wobei er Herrn und Frau Pfarrer Hebling, die keine Mühe und Arbeit gescheut hatten, seinen wärmsten Dank übermittelte. Von Mädchen des Jungfrauenvereins, vielfach Enkelkinder der Alten, wurden diese nun mit Kaffee und Süßigkeiten bewirtet, welche durch Stiftungen in reichem Maße vorhanden waren. In der Folge kamen Lieberovorträge des Jungfrauenvereins unter der Leitung von Gustav Schöffler und Frau Kaufmann Frey aus Calw zu Gehör; auch wurden von den Mädchen einzeln sinnige Gedichte sowie Zwiegespräche vorgetragen. Auch Junge Hebling trug zum guten Belingen und zur Verherrlichung des Festes durch einen Lieberovortrag mit eigener Klavierbegleitung bei. In einer längeren Ansprache widmete darauf Pfarrer Hebling den Alten herzliche Worte. Unter Anführung einiger Bibelstellen kennzeichnete er den Charakter der Feiern. Eine Mitbürgerin, welche noch vor kurzem ihr Erschieneenen zugesagt hatte, sei vor zwei Tagen zur letzten Ruhe bestattet worden. Auch in diesem Fall bewahrte sie sich der Spruch: „Es kann vor Abend anders werden, als es am frühen Morgen war“. Besonders eindrucksvoll innerhalb des Programms waren die Erinnerungen eines Alten. Es war Gustav Schöffler, welcher wie schon so oft in seinem Leben hier eine Lücke ansfüllte, und dies in einer Weise, wie sie nur wenig Menschen zu eigen ist. Er entledigte sich seiner Aufgabe ganz meißerhaft, indem er seine Altersgenossen begrüßte und mit seinem reichen Wissen einen ausgedehnten Rückblick auf sein und seiner Altersgenossen langes Leben warf. Er erinnerte in treffenden Worten an längst vergangene Zeiten, z. B. an den deutsch-französischen Krieg 1870-71, an die darauf folgende Aufstiegsperiode unseres Vaterlandes und den Eisenbahnbau von Weilderstadt bis Calw. Ferner streifte er in seinen Ausführungen die Aufwärtsentwicklung der Technik auf dem Gebiet des Verkehrswesens; die aufmerksamen Zuhörer belohnten seine Ausführungen mit starkem Beifall. Eine von Frau Pfarrer Hebling einstudierte Aufführung, betitelt: „Eins ist not“, wurde dann von Mädchen des Jungfrauenvereins ausgearbeitet gespielt und erntete reichen Beifall. Der gemeinsam gesungene Choral: So nimm denn meine Hände, bildete den Abschluß der ersten hier stattgefundenen Altenfeier. Der im Ruhestand in Oßelsheim lebende Oberlehrer Walter sprach namens der Alten mit tiefgefühltem Dank an alle bei der Veranstaltung Mitwirkenden das Schlusswort.

Vom Rathaus Allenzeig.

Das Oberamt Nagold hat den für mehrere Schulbau-
nahmen aufgestellten Tilgungsplan, nach welchem jährlich
1/10 getilgt werden soll, genehmigt. — Einem Angebot auf
etwa 100 Festmeter Langholz aus Hirscharaben zu 46 Pro-
zent der Forsttaxe und etwa 80 Festmeter Scheidholz aus
Enzwald zu 30 Prozent der Forsttaxe wird der Zuschlag er-
teilt; dagegen ein weiteres Angebot auf 1. Klasse Langholz
aus dem Priemen, mit welchem 95 Prozent der Forsttaxe
geboten werden, wurde der Zuschlag nicht erteilt. — Die
Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau hat
nun zu den Kosten der Nagoldkorrektur beim Hirscharab zu
den reinen Baukosten einen 50prozentigen Staatsbeitrag im
Betrag von 3550 M. gewährt, der bei der Stadtpflege voll-
ständig eingekommen ist. — Es mehren sich in letzter Zeit
die Fälle, daß von auswärtig unterstützungsbedürftige Fami-
lien und Einzelpersonen sich hier niederlassen und damit den
ohnehin gegenüber Vorkriegszeiten enorm hohen Fürsorge-
aufwand (1913 4850 M., 1931 16976 M. und 1932 noch höher)
der Stadtgemeinde noch weiter vermehren, ohne daß da-
gegen mit gesetzlichen Mitteln eingeschritten werden könnte.
Es ergeht daher an die Vermieter die dringende Bitte, bei
Neuanziehenden dem Bürgermeisteramt vorher rechtzeitig
Mittelteilung zu machen, damit entsprechende Erhebungen an-
gestellt werden können. Nach einer Anregung aus der Mitte
des Gemeinderats sollen künftig Vermieter, die eine von
auswärtig zugezogene hilfsbedürftige Familie oder einzelne
Personen aufnehmen, von der Vergabe städtischer Arbeiten
und ähnlichen Vorteilen ausgeschlossen werden. — Durch die
fortschreitende Auffüllung der Weidwiesenstraße muß der
Sportplatz verlegt werden. Der Sportverein und der deutsche
Turnverein bitten nun, ihnen etwa 20 laufende Meter Bier-
kantschler und einige Bretter zur Neuaufstellung bzw. zur
Reparatur der Tore unentgeltlich zu überlassen. Dem Ge-
such wird entsprochen.

Starke Schneefälle

haben vergangene Nacht Stadt und Tal wieder mit einem
dichten Winterkleid bedeckt. Die Schneefälle, die auch heute

morgen noch anhalten, waren von einer Stärke, wie man
sie diesen Winter noch nicht erlebt hat; dabei liegt die Tem-
peratur nur wenige Grade unter dem Nullpunkt. Infolge
der Schneelast sind vielfach Telephondrähte gerissen, auch
trat vorübergehend eine Störung der elektrischen Strom-
versorgung ein.

Wetter für Donnerstag und Freitag

Über Mitteleuropa liegt eine Depression. Unter ihrem
Einfluß ist für Donnerstag und Freitag unbeständiges, zu
weiteren Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

*

Unterzeihenbach, 8. März. Sonntagabend feierte die hie-
sige Gemeinde ihren Gemeindeabend unter Leitung von
Herrn und Frau Pfarrer Gundert. Ein Trio von Haydn,
von den Künstlern Th. und R. Burkhart und Frau Pfarrer
Gundert vorgetragen, leitete den Abend ein. Dann bot der
Jungfrauenverein eine Aufführung aus der Zeit der Kreuz-
fahrer, „Die hl. Elisabeth“. Der Kirchenchor ergänzte das
Spiel durch ernste Lieder.

Berneß, 8. März. Am Samstagabend staltete ein Dieb
der Verberci Kempf hier einen Besuch ab und nahm zwei
Häute im Werte von etwa 60 Mark mit sich. Der Täter
scheint aber durch Passanten, am Eingang des Fußwegs nach
Allenzeig zu, vertrieben worden zu sein, denn dort ließ er
die Häute liegen, so daß dieselben dem Besitzer zurückgegeben
werden konnten.

St. B. Freudenstadt, 8. März. Heute früh gab es einen
nicht unbeträchtlichen Schneesturm, der an Baum und Strauch
mächtig rüttelte. Nun ist wieder der ganze Schwarzwald in
ein dickes Schneefeld eingehüllt, dessen Dichte zwischen 5 und
15 Zentimeter schwankt.

St. B. Stuttgart, 8. März. Am Samstag fand eine ge-
meinsame Versammlung der Hitler-Jugend in Stuttgart
und des nationalsozialistischen Schülerbunds Stuttgart statt,
in der der frühere Reichswehrleutnant Rudin und Lehrer
Schmidt sprachen. Die Polizei schickte jedoch die schulpflich-
tigen Jugendlichen, die fast durchweg mit ihren Eltern er-
schienen waren, nach Hause.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

L. C. Berliner Produktenbörse vom 8. März.

Weizen, märkischer 244—246; Roggen, märkischer 193 bis
195; Ruffenroggen 195; Braugerste 190—197; Futter- und In-
dustrieernte 180—185; Hafer, märkischer 157—164; Weizen-
mehl 31,25—34,75; Roggenmehl 26,90—27,90; Weizenkleie
10,25—10,60; Roggenkleie 10—10,30; Vitriolerbsen 19 bis
26; kleine Speiseerbsen 21—23,50; Futtererbsen 15—17; Pe-
luschken 16,50—18,50; Ackerbohnen 15—17; Widen 16—19,50;
Lupinen, blaue 11—12; dito, gelbe 15—17; Seradella, neue
32—37; Leinkuchen 12,40—12,60; Erdnusskuchen 13—13,20; Erd-
nussmehl 12,70—12,80; Trockenkorn 8,30; Kartoffel-
flocken 16,60—17. Allgemeine Tendenz: Uneinheitlich.

Stuttgarter Schlachthausmarkt

Dem Dienstagmarkt am Städtischen Vieh- und Schlacht-
hof wurden zugeführt: 43 Ochsen (unverkauft 6), 60 (5) Bul-
len, 301 (85) Jungbullen, 337 Kühe, 970 (60) Rinder, 1529
Kälber, 1894 (30) Schweine, 1 Flegel.

Preise für 1 Hund Lebendgewicht:

Dahsen:	8. 3.	3. 3.	Kühe:	8. 3.	3. 3.
	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.
ausgemästet	28—32	—	fleischig	12—15	—
vollfleischig	24—27	—	gering genährte	8—11	—
fleischig	20—23	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und	36—39	35—38
ausgemästet	23—24	23—24	beste Saughälber	31—34	31—34
vollfleischig	21—22	21—22	mittl. Mast- und	27—30	27—30
fleischig	19—20	19—20	gute Saughälber	—	—
Jungbinder:			geringe Kälber	43—44	42
ausgemästet	32—34	32—35	Schweine:	—	—
vollfleischig	26—30	26—30	über 300 Pfd.	41—43	40—41
fleischig	21—24	21—24	240—300 Pfd.	39—40	36—38
gering genährte	—	—	200—240 Pfd.	120—160 Pfd.	36—38
Kühe:			unter 120 Pfd.	27—34	28—34
ausgemästet	22—25	—	Sauen	—	—
vollfleischig	17—20	—			

Marktverlauf: Großvieh ruhig, Ueberstand; Kälber und
Schweine mäßig.

Amtl. Bekanntmachungen

Stadtgemeinde Calw.

**Reichspräsidenten-Wahl
am 13. März 1932**

Gemäß § 47 der Reichsstimmordnung in der Fassung
vom 14. Mai 1926 (Reichsges. Bl. I S. 224) wird folgendes
bekanntgemacht:

**I. Stimmbezirk und Lage des Abstimmungs-
raums:**

Die hiesige Stadtgemeinde bildet den Stimmbezirk
Nr. 1—3 des Oberamtsbezirks Calw.

Stimmbezirk Nr.	Abgrenzung des Stimmbezirks	Lage des Abstimmungsraums
1	Südl. Stadtteil, links der Nagold bis zur Biergasse (Kirchplatz)	Rathaus, kleiner Sitzungsaal
2	Nördl. Stadtteil, links der Nagold	fr. Kaffeehaus, links parterre
3	Ostlicher Stadtteil, rechts der Nagold	Hotel Adler Nebenzimmer

**II. Tag und Stunde der Abstimmung: Sonn-
tag, den 13. März 1932, von vormittags 9 Uhr
bis nachmittags 6 Uhr.**

**III. Stimmzettel und Verfahren bei der Ab-
stimmung:** Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt
und am Abstimmungstag im Abstimmungsraum den
Stimmberechtigten ausgehändigt. Auf dem amtlichen
Stimmzettel, der alle zugelassenen Wahlvorschläge ent-
hält, bezeichnet der Stimmberechtigte bei der Stimmab-
gabe durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst
erkennbarer Weise den Anwärter, dem er seine Stimme
geben will; will er keinen der vorgeschlagenen Anwärter
seiner Stimme geben, so schreibt er den Namen der Person,
der er seine Stimme geben will, auf den amtlichen Stimm-
zettel in das hierzu freigelassene Feld. Stimmzettel, die
als nichtamtlich hergestellte erkennbar sind, sind un-
gültig.

**IV. Stimmschein können nur bis zum Tage vor
der Abstimmung — bis Samstag mittag 12 Uhr — aus-
gestellt werden (§ 11 der Reichsstimmordnung.)**

Calw, den 8. März 1932.

Bürgermeisteramt: G ö h n e r.

Zur Reichspräsidentenwahl!

Für Düsterberg

spricht heute Mittwoch, 9. März, abds. 8 Uhr
im Weiß'schen Saal in Calw
Herr Studienrat Sautter-Stuttgart

Hiezu werden alle wahlberechtigten Mitbürgerinnen und Mitbürger
freundlichst eingeladen. — Freie Aussprache!

Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot

Flotte Hüte,
die der neuesten Mode ent-
sprechen, schon jetzt sehr preiswert.

Emilie Dollinger
vorm. C. Kleinhub
Umarbeitung von Hüten rasch und billig

Klingel- und Haustelefon-Anlagen

Trocken- und Naßelemente — Taschenlampen
sowie Batterien und Birnen — Gasanzünder
Elektro-Ziegler Calw Fernsprecher 211

Sprengstoffe zum
Sprengkapseln Stockholz-
Zündschnüre machen
Gerhard Paulus, Liebenzell,
Fernsprecher 15.

Puppen jeder Art repariert
in eigener Werkstatt
Puppenperücken
von Mark 1.60 an
Friseur Odermatt

1 gebe. Bett, kompl. u.
verschiedene kleine Ma-
trassen gibt billig ab
Fr. Hennefarth
Polstermöbellager.
Tausche wieder gebe.
So, a gegen neue Chaise-
longues ein. In Chaise-
longuedecken trifft eine
große Auswahl ein.

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meist-
bietend gegen bar versteigert
Donnerstag 10. 3., 10 Uhr
in Unterhaugstett:
1 Kuh zirka 6 Jahre alt,
1 Rind zka. 9 Monate alt,
1 Drogenkrank, 2 Faj je
zirka 300 Ltr. haltend.
Zu ammenkunft b. Rathaus.
Die Versteigerung findet
vorausichtlich bestimmt statt
**Weidenbach, Gerichts-
vollzieherstelle Calw**

1 Kuhnwagen
zum Auf- und Ablichten
Klee, Heu u. Dehmb
1 Rauchkasten zu 20 M.
sowie
Frühkartoffel
verkauft
Luise Wiedmaier
Hirsau

Hamburg-Kaffee-Exp.-Ges.

bietet gute Erzeugnisse rühr.
Verteiler(innen).
HoheProz. festes Gehalt
bei Bewahrung.
Angebote unter Sa 8159 an
Heinr. Eißler, Hamburg 3.
Schöne helle
Werkstatt
auf 1. Mai zu vermieten.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

**Das autogenische
Schweißen**
von Guß
Schmiedeeisen
und Stahl
übernimmt bei
bitigster Berechnung
Wilh. Koller
Schmiedemeister, Neubulach

Machen Sie
Ihre Kundschaft darauf
aufmerksam, dass sich
viele Ihrer Waren zu Ge-
schenken für die Konfir-
manden eignen.

Kirchen-Gesangverein Calw
Sonntag, 13. März, nachmittags
4 Uhr in der Stadtkirche zu Calw
Johannes-Passion
von J. S. Bach,
Leitung: Hermann Mall,
Sopran: Frau Hilde Schmid, hier,
Alt: Fr. Lore Fischer, Stuttgart,
Tenor: Albert Barth, Eßlingen,
Baß: Hans Hager, Stuttgart,
Cello: Dr. E. Weber,
Flöte: Dr. U. Rheinwald, Oboe: H. Finkbeiner,
Orgel: E. A. d. e.,
Cembalo: Fr. Hedwig Dieterich,
Orchester: Musikfreunde aus Calw und Umgebung
Bezifferte Plätze im Chor und auf den Emporen
RM. 1.—, im Schiff 60 Pfg. Texte 20 Pfg. Kar-
ten in der Buchhandlung Kirchherr.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf
Markung Bad Liebenzell belegen, im Grundbuch von
Bad Liebenzell, Heft 226, Abteilung I Nr. 1, 3, 4, 5, zur Zeit
der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den
Namen des
Wilhelm Weißinger, Zimmermanns, und seiner
Ehefrau Katharine geb. Kufmann in Bad Liebenzell,
je zur Hälfte, eingetragenen Grundstücke:
Gemeinderätliche
Schätzung vom
26. Februar 1932:
Geb. Nr. 179, 1 a 46 qm, Wohn- und Wirt-
schaftsgebäude mit Anbauten
Geb. Nr. 179a, — a 89 qm, Scheuer, Schwe-
nestall und Holzschuppen 15 000 RM.
5 a 78 qm Hofraum
8 a 13 qm am Längenbach
— die Mälisenbacher Sägmühle — Zu-
behörden hiezu 1200 "
Parz. Nr. 340, 9 a 47 qm, Wechselfeld und
Nede am Bronnenrain 200 "
Parz. Nr. 341, 15 a 37 qm, Wiese im Balgen-
rain 300 "
Parz. Nr. 342, 24 a 82 qm, Wiese im Balgen-
rain 500 "
17 200 RM.

am Samstag, den 14. Mai 1932,
vormittags 10 Uhr
auf dem Bezirksnotariat Bad Liebenzell versteigert werden.
Bei Zwangsversteigerungen findet in der Regel nur
ein Termin statt.
Der Versteigerungsvermerk ist am 30. Oktober 1931
in das Grundbuch eingetragen.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur
Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus
dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im
Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe
von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger wider-
spricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der
Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und
bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem An-
spruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nach-
gekehrt werden.
Diesenigen, welche ein der Versteigerung entgegen-
stehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Er-
teilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige
Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls
für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des
versteigerten Gegenstandes tritt.
Bad Liebenzell, den 8. März 1932.
Kommissär: K a b.

Interieren bringt Gewinn